

**Informationsschrift über die Verarbeitung personenbezogener Daten von Personen, die Meldungen zu Verstößen gegen das Unionsrecht und die nationalen Rechtsvorschriften geben.**

**Dokument erstellt gemäß Artikel 13 und 14 der Verordnung (EU) 2016/679 und der geltenden Regelung über die Verarbeitung personenbezogener Daten -**

## **1. Anwendungsbereich**

Diese Informationsschrift, die gemäß Art. 13 und 14 der Verordnung (EU) 2016/679 (nachfolgend die „EU-Verordnung“) und der geltenden Regelung über die Verarbeitung und den freien Umlauf von personenbezogenen Daten erstellt wurde, gilt für alle Fälle der Verarbeitung personenbezogener Daten (die „**Identifikationsdaten**“), die sich aus der Aktivierung der Whistleblowing- Meldekanälen durch betroffene Personen ergeben und die sich auf Fälle von Verletzungen von nationalen oder EU-Rechtsvorschriften beziehen, die das öffentliche Interesse oder die Integrität der öffentlichen Verwaltung oder einer privaten Einrichtung schädigen, und von denen die Hinweisgeber selbst im Rahmen eines öffentlichen oder privaten Arbeitsverhältnisses erfahren haben.

## **2. Herkunft und Art der erfassten Daten**

Infolge der Aktivierung des unter Punkt 1 genannten Meldekanälen werden alle personenbezogenen Daten von einer externen, unabhängigen und speziell geschulten Partei erfasst und verarbeitet. Diese externe Partei wird zum Datenverantwortlichen gemäß Artikel 28 DSGVO ernannt.

Bei den erfassten Daten handelt es sich beispielsweise um Daten zur Identifizierung des Hinweisgebers oder anderer Personen, einschließlich von Daten, die zu besonderen Kategorien personenbezogener Daten gehören (Art. 9 DSGVO )

Diese Daten (die „**Identifikationsdaten**“) werden direkt bei der oben genannten dritten Partei in einer Weise erfasst und verarbeitet, die, auch durch den Einsatz von Verschlüsselungsinstrumenten, die Vertraulichkeit der Identität des Hinweisgebers, der beteiligten Person und der in der Meldung genannten Person sowie des Inhalts der Meldung und der entsprechenden Unterlagen gewährleistet.

## **3. Rechtsgrundlage und Methoden der Verarbeitung von Identifikationsdaten**

Das Unternehmen betreibt die Verarbeitung von Identifikationsdaten basierend auf folgenden Rechtsgrundlagen:

- (a) Übereinstimmung mit zwingend vorgeschriebenen gesetzlichen Vorschriften;
- (b) die vorherige und in Kenntnis der Sachlage erteilte Einwilligung des Hinweisgebers.

Die Datenverarbeitung erfolgt mithilfe von in Artikel 4, Absatz 1, Nummer 2 der EU-Verordnung genannten Vorgänge oder Vorgangsreihen: Erfassung, Aufzeichnung (einschließlich Audio, sofern der Meldekanal dies vorsieht), Organisation, Strukturierung, Speicherung, Anpassung oder Änderung, Abfrage, Auswertung, Veränderung, Auswahl, Extraktion, Vergleich, Verwendung, Verknüpfung, Sperrung, Kommunikation durch Übermittlung, Verbreitung oder jede andere Form der Bereitstellung, Einschränkung, Löschung und Vernichtung der Daten.

Diese Vorgänge werden sowohl mithilfe elektronischer oder generell automatisierter Instrumente als auch manuell und mithilfe von Papierakten durchgeführt.

Die Verarbeitung von Identifikationsdaten erfolgt nach den Grundsätzen: Korrektheit, Rechtmäßigkeit, Transparenz, Schutz der Vertraulichkeit und der Rechte der betroffenen Personen sowie gemäß: der Bestimmungen der Artikel 9 und 10 der EU-Verordnung, den geltenden einschlägigen Vorschriften und, unter Anwendung geeigneter Sicherheitsmaßnahmen, gemäß Artikel 32 der EU-Verordnung.

Die Verarbeitung von Identifikationsdaten erfolgt durch eine dritte Partei, die vom Verantwortlichen für die Datenverarbeitung ausdrücklich als Datenverantwortlicher benannt ist. Erfolgt die Verarbeitung durch eine dritte Partei, die als unabhängiger Verantwortlicher für die Datenverarbeitung fungiert, verpflichtet sich diese gegenüber dem Unternehmen, die Bestimmungen der geltenden einschlägigen Vorschriften über personenbezogene Daten einzuhalten und sich so weit wie möglich an den Inhalt dieser Informationsschrift anzupassen.

## **4. Zweck der Datenverarbeitung**

# INFORMATIONSSCHRIFT WHISTLEBLOWING IVS-GRUPPE

Der Zweck der Verarbeitung von Identifikationsdaten besteht darin, den Inhalt der Meldung im Sinne der EU-Regelung zu verwalten, d. h.:

- a) dem Hinweisgeber innerhalb von sieben Tagen nach Eingang der Meldung eine Empfangsbestätigung auszustellen;
- b) Gespräche mit dem Hinweisgeber zu führen und von ihr bei Bedarf Ergänzungen anzufordern;
- c) die eingegangenen Meldungen gewissenhaft zu verfolgen;
- d) die Meldung innerhalb von drei Monaten nach dem Datum der Empfangsbestätigung oder, falls eine solche Bestätigung nicht erfolgt, innerhalb von drei Monaten nach Ablauf der 7-Tage-Frist ab Vorlage der Meldung zu beantworten;
- e) klare Informationen über den Meldekanal und seine entsprechenden Verfahren bereitzustellen.

## 5. Bereitstellung von Identifikationsdaten

Die Bereitstellung der Daten des Hinweisgebers ist bei „namentlichen Meldungen“ obligatorisch. Eine Weigerung, die Daten bei einer „namentlichen Meldung“ bereitzustellen, führt dazu, dass der Verantwortliche für die Datenverarbeitung nicht in der Lage ist, die von dem Hinweisgeber vorgelegte Meldung weiterzuverfolgen. Die Bereitstellung der Daten der des Hinweisgebers ist bei einer „anonymen Meldung“ fakultativ.

Im Fall einer Weigerung der Bereitstellung von Identifikationsdaten zum Erfüllen der unter Punkt 3 genannten Zwecke ist es dem Verantwortlichen für die Datenverarbeitung unmöglich, die genannten Zwecke zu erreichen und seinen rechtlichen Verpflichtungen nachzukommen.

## 6. Mitteilung von Identifikationsdaten

Die gesammelten personenbezogenen Daten werden hauptsächlich an Dritte und/oder Empfänger mitgeteilt, deren Tätigkeiten für die Durchführung der mit der Verwaltung der Meldung verbundenen Aktivitäten sowie für die Erfüllung bestimmter rechtlicher Verpflichtungen erforderlich sind.

Erfolgen kann die Übermittlung insbesondere an:

- a) die vom Verantwortlichen für die Datenverarbeitung bestimmte Ethikkommission;
- b) das Unternehmen, das mit der Verwaltung des Meldekanals betraut ist, in seiner Eigenschaft als externer Verwalter gemäß und für die Zwecke von Artikel 28 DSGVO;
- c) externe Berater (z. B. Anwaltskanzleien), die an der Untersuchungsphase der Meldung beteiligt sein können;
- d) die an der Untersuchungsaktivität beteiligten Unternehmensfunktionen;
- e) die verantwortliche(n) Person(en) für die von der Meldung betroffene(n) Funktion(en);
- f) Organisationsstellen, die mit den Ermittlungen hinsichtlich der Meldung betraut sind, wenn ihre Kenntnis für das Verständnis der gemeldeten Fakten und/oder für die Durchführung der entsprechenden Untersuchungs- und/oder Verarbeitungstätigkeiten unerlässlich ist;
- g) Institutionen und/oder öffentliche Behörden, Justizbehörden, Polizeibehörden, Ermittlungsagenturen;
- h) die Aufsichtsstelle.

Die Mitteilung der Daten erfolgt so weit wie möglich in einer Weise, die die Vertraulichkeitsverpflichtungen gewährleistet.

## 7. Übertragung von Identifikationsdaten

Identifikationsdaten werden nicht in Länder außerhalb der Europäischen Union übermittelt, es sei denn, dies ist für die Bewertungs- und Untersuchungsphase erforderlich, und zwar stets unter Einhaltung der Bestimmungen der EU-Verordnung.

## 8. Verbreitung von Identifikationsdaten

Identifikationsdaten werden nicht verbreitet.

## 9. Rechte der betroffenen Person

Gemäß der EU-Verordnung hat die betroffene Person folgende Rechte in Bezug auf seine Identifikationsdaten:

- **Zugang:** Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen für die Datenverarbeitung eine Bestätigung darüber zu erhalten, ob betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden oder nicht, sowie das Recht, Auskunft über diese Daten und alle in Artikel 15, Absatz 1, Buchstaben a) - h) und Absatz 2 der EU-Verordnung genannten Informationen zu erhalten und eine Kopie davon anzufordern;
- **Berichtigung:** Wenn die betroffene Person der Meinung ist, dass die Identifikationsdaten unrichtig oder unvollständig sind, kann sie verlangen, dass diese Daten gemäß ihren Anweisungen berichtigt oder geändert werden;
- **Löschung:** Vorbehaltlich der in der geltenden Regelung vorgesehenen Fälle hat die betroffene Person das Recht, die Löschung der Daten zu verlangen, wenn: (i) die Daten für die Zwecke, für die sie erhoben und verarbeitet wurden, nicht mehr erforderlich sind; (ii) sie ihre Einwilligung in die Verarbeitung widerruft; (iii) sie Widerspruch gegen die Verarbeitung oder gegen die für andere Zwecke erfolgte Verarbeitung einlegt und keine berechtigten Gründe für die Fortsetzung der Verarbeitung vorliegen; (iv) die Identifikationsdaten unrechtmäßig verarbeitet wurden; (v) die Löschung gesetzlich vorgeschrieben ist;
- **Einschränkung:** Die betroffene Person kann in den in Artikel 18 der EU-Verordnung genannten Fällen die Einschränkung der Verarbeitung von Identifikationsdaten beantragen;
- **Widerspruch:** Die betroffene Person hat in den in Artikel 21 der EU-Verordnung genannten Fällen das Recht, Widerspruch gegen die Verarbeitung der Identifikationsdaten einzulegen;
- **Widerruf der Einwilligung:** Beruht die Verarbeitung personenbezogener Daten auf einer Einwilligung, hat die betroffene Person das Recht, diese jederzeit zu widerrufen. Ein solcher Widerruf verhindert die Fortsetzung der auf der Rechtsgrundlage der Einwilligung erfolgten Verarbeitung, ohne die Rechtmäßigkeit der bis dahin erfolgten Verarbeitung zu berühren;
- **Datenübertragbarkeit:** Beruht die Verarbeitung auf einer Einwilligung, so hat die betroffene Person das Recht, die übermittelten personenbezogenen Identifikationsdaten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten und, soweit technisch machbar, eine sichere Übermittlung der Identifikationsdaten an einen anderen Verantwortlichen für die Datenverarbeitung zu übertragen.

Zur Wahrung ihrer Rechte und zum Schutz ihrer Identifikationsdaten kann die betroffene Person jederzeit beschließen, eine Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde, d. h. dem Datenschutzbeauftragten, einzureichen oder bei den zuständigen nationalen Gerichten Klage zu erheben.

## 10. Dauer der Speicherung von Identifikationsdaten

Die erfassten personenbezogenen Daten werden für einen Zeitraum von höchstens zwei Jahren ab dem Datum des Eingangs der Meldung sowie so lange aufbewahrt, wie es für die Durchführung etwaiger Verfahren im Zusammenhang mit der Bearbeitung der Meldung (Disziplinar-, Straf-, Rechnungslegungsverfahren) erforderlich ist.

## 11. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Der Verantwortliche für die Datenverarbeitung ist die IVS Group mit Sitz in Via dell'Artigianato, 25 | 24068 Seriate (BG) P.IVA 03840650166, E-Mail-Adresse: dpo@ivsgroup.it

Mit freundlichen Grüßen

IVS Group